

Pulsnitzer Wochenblatt

— Fernsprecher Nr. 18 —

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder — auf Rückzahlung des Bezugspreises. —
Bierteljährlich M 4.20 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 3.70, monatlich M 1.25, durch die Post abgeholt M 4.20.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.

Postfach-Konto Leipzig 24 127. — Gemeinde-Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechs mal gepaltene Beizeile (Drosche's Zeilenmaß 14) 60 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 80 Pfg. Amtliche Zeile M 1.50, außerhalb des Bezirkes M 1.80. Reklame M 1.30 bei Wiederholung Rabatt. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall d. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein- und Dittmannsdorf.
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr). Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 39.

Mittwoch, den 10. März 1920.

72. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Milchpreise.

Nach Gehör von sachverständigen Mitgliedern der Preisprüfungsstelle sind, soweit die Festsetzung der Preise dem Kommunalverband Kamenz nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 26. Februar 1920 — Kamenzener Tageblatt Nr. 49, Pulsnitzer Wochenblatt Nr. 34 — überlassen worden ist, nunmehr folgende Höchstpreise für den hiesigen Bezirk festgesetzt worden:

I. Milch:

	Vollmilch:	Mager- und Buttermilch:
1. Erzeugerpreis ab Stall an eine Molkeerei oder Sammelstelle	1,— M	—,— M
2. Erzeugerpreis frei Molkeerei bezw. Sammelstelle	1,08 M	—,— M
3. Erzeugerpreis unmittelbar an den Verbraucher ab Stall	1,12 M	—,48 M
jedoch innerhalb der Stadt Kamenz	1,16 M	—,50 M
4. Erzeugerpreis an den Verbraucher bei Uebersendung durch den Erzeuger ins Haus oder ab Erzeugerwagen	1,20 M	—,56 M
jedoch innerhalb der Stadt Kamenz	1,24 M	—,58 M
5. Kleinverkaufspreis im Laden ab Händlerwagen oder Milchfrau frei Haus	1,40 M	—,64 M
6. Kleinverkaufspreis im Laden ab Händlerwagen, Milchfrau oder frei Haus für die Stadt Kamenz	1,45 M	—,68 M

II. Quark:

Für Bauernquark beim Verkaufe durch den Erzeuger direkt an den Verbraucher wird der Preis auf 2,— M für ein Pfund festgesetzt.

Kamenz, am 9. März 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Butter- und Margarineverteilung.

Auf Abschnitt D der Landesfettkarte dürfen einhundert Pfund Butter zum Preise von 80 Pfennigen und 125 Gramm Margarine zum Preise von 2,10 Mark verteilt werden.

Kamenz, am 9. März 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Hafer, Heu und Stroh

wird fortgesetzt angekauft.

Reichsverpflegungsamt Königsbrück.

Abstempelung der Landeskartoffelkarten und deren Anmeldung zur Belieferung durch einen Erzeuger oder Kleinhändler.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Kamenz vom 6. d. M. wird für die Einwohnerschaft der Stadt Pulsnitz folgendes angeordnet:
Sämtliche Inhaber von Landeskartoffelkarten werden hiermit aufgefordert, diese Kartoffelkarten

Freitag, den 12. März 1920

im Ratskeller, 1 Treppe, in nachstehender Reihenfolge vorzulegen:

an die Brotkartenthaber Nr.	1—150 von	8—9 Uhr	vormittags
" 151—300	" 9—10	" "	" "
" 301—450	" 10—11	" "	" "
" 451—600	" 11—12	" "	" "
" 601—750	" 12—1	mittags	" "
" 751—900	" 3—4	nachmittags	" "
" 901—1050	" 4—5	" "	" "
" 1051—1260	" 5—6	" "	" "

Dieserjenigen, deren Landeskartoffelkarten von einem Erzeuger direkt beliefert werden, haben für 1 Zentner 2,50 M sofort abzuliefern und den Namen des Lieferanten anzugeben. Die Zeit der Rückgabe dieser Karten wird bekannt gegeben.

Pulsnitz, am 9. März 1920.

Der Stadtrat.

Volkshütte Pulsnitz betr.

Der unterzeichnete Stadtrat beabsichtigt, die städtische Volkshütte in Pulsnitz wieder in Betrieb zu setzen, sobald eine genügende Beteiligung sicher gestellt ist.

Es werden deshalb alle diejenigen Personen, welche aus der Volkshütte Portionen entnehmen wollen, ersucht, ihre Anmeldung bis

Sonnabend, den 13. März 1920

im Rathause — Lebensmittelamt — oder bei Herrn Stadtrat Garten zu bewirken.

Gleichzeitig wird hierzu bemerkt, daß Volkshüttenportionen nur gegen Abgabe von Fleisch- und Kartoffelmarken verabsolgt werden dürfen und daß der Preis für eine Portion ungefähr 75 Pfg. betragen wird.

Pulsnitz, am 9. März 1920.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die polizeilichen An- und Abmeldungen nicht regelmäßig erfolgt sind. Es werden daher die nachstehenden Vorschriften in Erinnerung gebracht und eingeschärft, da bei Unterlassungen, die in letzter Zeit ziemlich häufig vorgekommen sind, die betr. Personen unbeschäftigt bestraft werden.

1. Jede zu- oder abziehende Person, wenn auch nur vorübergehend anwesend, ist verpflichtet, sich innerhalb 24 Stunden beim hiesigen Einwohnermeldeamt anzumelden und sodann den Einwohnermeldechein sofort dem Hauswirt oder Quartierwirt vorzulegen zur Ueberzeugung über die erfolgte Anmeldung usw.
2. Ist die Meldung vom Zu-, Um- oder Abziehenden innerhalb der obengenannten Frist nicht erfolgt, so ist der Hauswirt oder Quartiergeber verpflichtet, die Meldung zu veranlassen oder selbst zu melden. Hierbei sind, wie überhaupt bei jeder Meldung, der Geburtschein und bei der Abmeldung der Wohnungsmeldechein vorzulegen.

Ueber jede erfolgte Anmeldung wird gegen Bezahlung einer Gebühr von 25 Pfg. ein Wohnungsmeldechein ausgestellt, welcher beim Weggange, Auszuge pp. im Einwohnermeldeamt vorzulegen ist.

Zu widerhandelnde gegen obige Bestimmungen werden mit einer Ordnungsstrafe bis zu 80,— M geahndet.

Pulsnitz, am 8. März 1920.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

das Ziehkinderwesen in hiesiger Stadt betreffend.

Da es schon öfters vorgekommen ist, daß die polizeilichen An- und Abmeldungen der Ziehkinder nicht regelmäßig, bezw. gänzlich erfolgt sind, so werden hiermit die hierüber bestehenden Vorschriften vom 7. März 1877 in Erinnerung gebracht und insbesondere folgende eingeschärft:

- § 1. Die Aufnahme fremder Kinder zur Pflege und Erziehung ist nur nach Erlangung behördlicher Erlaubnis gestattet.
- § 7. Jedes neu ausgenommene Ziehkinder ist längstens binnen 24 Stunden nach der Aufnahme beim Stadtrat unter Vorlegung einer ständesamtlichen Bescheinigung anzumelden.
- § 8. Sobald ein Ziehkinder der bisherigen Pflege entnommen wird oder verstirbt, ist solches gleichfalls binnen 24 Stunden beim Stadtrate anzumelden.
- § 3. Ueber die erteilte Erlaubnis wird vom Stadtrate ein den Namen der Ziehkinder und des Kindes enthaltender Erlaubnischein ausgestellt, welchen die Eltern bei der Entnahme des betr. Ziehkindes aus ihrer Familie oder beim Tode desselben dem Stadtrate zurückzugeben, bis dahin aber sorgfältig aufzubewahren haben.

Es werden daher alle Zieheltern, welche sich nicht im Besitze eines Erlaubnischeines befinden, hiermit aufgefordert, einen solchen sich beim unterzeichneten Stadtrat ausstellen zu lassen.

Zu widerhandelnde gegen obige Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 80 Mark geahndet und haben nach Befinden überhaupt die Entziehung der Erlaubnis zur Aufnahme von Ziehkindern zur Folge.

Pulsnitz, am 8. März 1920.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste.

Die katholische „Sächsisch-Volkszeitung“ nennt in einem sensationell aufgemachten Artikel als kommenden sächsischen Kultusminister den sozialdemokratischen Volksstammesabgeordneten Lehrer Artz. In Berlin haben Verhandlungen zwischen landwirtschaftlichen Verbänden und Regierung stattgefunden, als deren Ergebnis mitgeteilt wird, daß die großen Verbände sich bereit erklärt haben, auf Grund der Lieferungsverträge eine bestimmte Reserve an Kartoffeln für die Städte sicherzustellen. Wie verlautet, ist in den Beratungen in Berlin die Entscheidung dahin gefallen, daß die Wahlen zum Reichstag im Herbst stattfinden sollen.

Die Brotversorgung ist gefährdet. Die Vorräte an Brotgetreide sollen höchstens bis Ende dieses Monats reichen.

41 Milliarden beträgt der Notenumlauf der Reichsbank. Erzberger gab seinem festen Willen Ausdruck, daß er seine völlige Unschuld in der zweiten Instanz zu beweisen entschlossen sei. Zu einem freiwilligen Rücktritt würde er nach dem Ausgang des jetzigen Prozeßverfahrens solange keinen Grund sehen, als nicht das Urteil rechtskräftig sei.

Im Erzberger-Helferich-Prozeß haben am Montag die Nepliken der beiderseitigen Rechtsvertreter und der Staatsanwaltschaft stattgefunden und außerdem haben der Nebenkläger Erzberger und der Angeklagte Dr. Helferich noch einmal ihre Ansicht dargelegt. Die Urteilsverhandlung soll am Freitag erfolgen.

Die fünf deutschen Vertrauensleute bei der internationalen Kom-

mission für Nordschleswig haben gestern unter der Angabe, daß die Dänenpartei begünstigt werde, ihre Ämter niedergelegt. Telegramm meldet aus London, daß die englische öffentliche Meinung die Vertreibung der Türken aus Konstantinopel fordert. In einer dritten Note an Holland will die Entente auf ihre Forderung der Auslieferung verzichten, wenn genügend Sicherheit vorhanden ist, daß die Bewegungsfreiheit des Kaisers sich in bestimmter gehaltenen Grenzen vollzieht.

Die bolschewistische Gefahr!

Von Wilhelm Lavertenz-Halensee, Mitglied der Nationalversammlung.
Die Gefahr eines bolschewistischen Großangriffs gegen



as Herz Europas ist eine der ernstesten Fragen der Gegenwart. Es liegt in der Natur des Bolschewismus, daß er nach Expansion streben muß. Er strebt, wenn er nicht neue Gebiete zur Ausdehnung erobert, aus denen er zu leben vermag. Das alte Rußland ist unter der Herrschaft des Leninischen Kommunismus ein hoffnungsloses Trümmerfeld geworden. Landwirtschaft, Industrie und Handel sind völlig zerstört; Not und Arbeitslosigkeit haben einen grauenvollen Umfang erreicht. Millionen von Menschen gehen dem Hungertode entgegen. Tausende von Arbeitslosen sind, um sich satt essen zu können, in die Rote Armee eingetreten. Um diese Heere ernähren zu können und um zugleich den Gedanken der Weltrevolution zur Herbeiführung des versprochenen Weltparadieses zu fördern, schließlich aber auch aus panslawistischen Gedankengängen heraus wird Jar Lenin dieselbe Heerfahrt nach Westen antreten, wie sie Hunnen, Tartaren und Mongolen vor Jahrhunderten unternommen haben. Einleitende Kämpfe werden bereits von den Grenzen Litauens und Polens gemeldet. Daß diese neugebildeten Staaten den sie treffenden Stoß auffangen könnten, glaubt kein Kenner der einschlägigen Verhältnisse. In Polens Einzelgebieten wühlt der Bolschewismus bereits in bedenklicher Weise. Furchtbare Elend in den unteren Bevölkerungsschichten, völliges Versagen der unsicheren und bestechlichen Beamtenschaft und eine beispiellose Wühlarbeit bolschewistischer Agenten haben in Rußisch-Polen einen ärgsten Nährboden für den kommunistischen Wahnsinn geschaffen. Wird aber Polen überannt, so stehen die Gardien Lenins, die Brückköpfe als erfolgreichster der russischen Generale alter Schule führt, an den Reichsgrenzen. Was dann? Genügen unsere militärischen Kräfte, die am 10. Juli d. J. bekanntlich nur noch 100 000 Mann betragen dürften, um dem Ansturm eines Massenheeres aufzuhalten, das infolge drakonischer Disziplin eine durchaus ernst zu nehmende Truppe darstellt? Wie wird sich die Entente uns gegenüber verhalten? Was wird insbesondere England tun, dem es in erster Linie darauf ankommt, die bolschewistische Flut von Indien abzulenken, das aber nichts dagegen einwenden würde, wenn die Wiederholung der Schlacht auf den katalanischen Feldern auf deutschem Boden stattfinden würde? Eine solche Entwicklung würde auch in die englische Politik hineinpassen, die sich stets als entschiedener Gegner allen Bemühungen entgegenstemmen wird, die unsere Verhältnisse zur Verbesserung Beziehungen mit Rußland unternommen werden. Frankreich verfolgt in seiner blinden, aus Haß und Furcht gepaarten Politik nur das eine Ziel, Deutschland nach Möglichkeit zu schwächen und in Ohnmacht zu erhalten. Sein Ziel bleibt das linke Rheinufer und unbedenklich würde es jede politische Lage dahin ausnutzen, um den Friedensvertrag nach dieser Richtung hin von seinem Standpunkte aus zu verbessern. Zu diesen Schwierigkeiten der äußeren Politik treten mindestens ebenso ernste Sorgen in Bezug auf unsere innere Lage. Wir wissen, daß sich die Unabhängigen auf ihrem letzten Parteitag in Leipzig ausdrücklich zur dritten Moskauer Internationale bekannt haben, deren politisches Ideal die Diktatur des Proletariats nach russischem Muster ist. Daß die Spartakisten nur auf den Augenblick warten, um sich als Bolschewisten praktisch zu betätigen, ist sonnenklar. Infolge des Mißlingens des Putsches vom 13. Januar und durch die Verhängung des Belagerungszustandes ist die öffentlich sichtbare Arbeit dieser Heber erschwert worden. Daß sie im verborgenen umso eifriger betreiben wird, ist ein offenes Geheimnis. Bolschewistische Propagandaarbeiten bestehen an vielen Orten, dauernd finden geheime Zusammenkünfte statt. In Durlach ist erst kürzlich eine Kommunistenkonferenz aufgehoben worden, die nur ein Beispiel für den Umfang der Propaganda gibt, die für den Bolschewismus in unserem Vaterlande getrieben wird.

Noch immer gibt es politische Kinder oder hoffnungslose Schwärmer, die in dem Bolschewismus eine Art Heilmittel sehen, um aus den Nöten der Gegenwart herauszukommen. Eine solche Katastrophopolitik lehnen wir nach wie vor auf das Entschiedenste ab. Wer ein großes Maßengrab aus Deutschland machen will, in dem unsere gesamte Kultur versinken würde, der mag mit den Bolschewisten als offenen oder verkappten Bundesgenossen liebäugeln. Wir ebenso über die Verhängung des Belagerungszustandes mit dem Despoten Lenin denken zu wollen. Selbstverständlich müssen wir uns mit einem aufstrebenden russischen Volke zu verständigen suchen, aber Lenin und Trotzki sind nicht die Männer, die Rußland emporsühren werden. Selbst die englische Diplomatie hat trotz aller ihrer Klugheit bisher Schiffbruch bei ihren Verhandlungen mit der Sowjet-Republik erlitten. Amerika hat von vornherein jedes Liebeswerben um ihre Gunst als aussichtslos angelehnt. Ein alter Satz dürfte in stammesgemäßer Abänderung seine Geltung haben: Wer vom Bolschewismus ist, stirbt daran. Unsere Aufgabe muß vielmehr sein, den Untergang des Abendlandes zu verhindern durch eine entschiedene Bekämpfung und Abwehr des Bolschewismus, mag er nun mit den Waffen oder mit diplomatischen Verhandlungen sich uns nähern. Die kommunistische Weltregierung, unter deren Schreckensherrschaft Rußland heute leidet, muß solange wie ein Pestherd isoliert werden, bis sie in ihrem eigenen Wahnsinn erstickt und nicht zur Vergiftung und Zerrückung der ganzen Welt führt. Das ungarische Volk hat sich von dem Schwindel des Kommunismus am schnellsten zu befreien gewußt. Je energischer und eindeutiger wir jedes Bakterien mit den bolschewistischen Machthabern ablehnen, umso leichter werden wir die krankhaften Elemente unseres eigenen Volkes gegen bolschewistische Keime fegen und umso schneller wird die rote Gewalt Herrschaft der Sowjetrepublik zusammenbrechen, unter deren Druck die ganze Welt schon allzulange schmachtet.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Vereinigung der Klein- und Mittelrentner und Rentnerinnen) Den jetzigen Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen entsprechend hat sich nun auch in unserer Stadt, gleichwie in dem benachbarten Ramenz und Bischofswerda eine Vereinigung der Klein- und Mittelrentner und Rentnerinnen zur Vertretung ihrer Interessen in allen Steuerfragen gebildet. Am 27. Februar hatten sich auf ergangene öffentliche Einladung eine recht erfreuliche Anzahl Damen und Herren aus allen Ständen im Schützenhaus zu Pulsnitz eingefunden, um ihre, durch die neue Steuergesetzgebung bedrohte Lage zu besprechen, die durch die jetzige Geldentwertung und furchterliche Teuerung bis zur Unerträglichkeit verschärft wird. In der Aussprache wurde durch Herrn Schatzmeister H. Otto vom Dresdner Hauptverein der Klein- und Mittelrentner Sachsens ausgeführt, welche Schritte derselbe bereits zur Geltendmachung der Rechte seiner Mitglieder unternommen und welche

nicht gering anzuschlagenden Erfolge bei den zuständigen Landes- und Reichsbehörden schon erzielt worden sind. Alle den Klein- und Mittelrentnern gewährten Erleichterungen sind auf die Bemühungen seiner Vorstandsorgane zurückzuführen und empfiehlt es sich daher für jeden Kleinrentner zum eigenen Wohle, dieser Vereinigung auch beizutreten, um sie wirkungsvoller und mächtiger zu gestalten, denn nur in geschlossenem Auftreten liegt hierfür eine Bürgschaft. Der Einzelne ist machtlos. Die Arbeiterschaft hat uns ein gutes Vorbild hierzu geliefert und viele andere Berufskreise sind ihr darin gefolgt. Sollten wir zurückbleiben? Den Schaden würden wir bald am eigenen Leibe empfinden. Die Errichtung der Ortsgruppe Pulsnitz und Umgebung und der Anschluß an den Dresdner Hauptverein der Klein- und Mittelrentner wurde beschlossen und 36 Mitglieder war der Erfolg der ersten Zusammenkunft. Weitere Anmeldungen sind erwünscht und nehmen an: Frau Flora verw. Stempel, Frau Alwine verw. Schulz, Herren Albin Bierkeicht, Edwin Hoffmann, Guido Stöckert.

Pulsnitz (Volksoper). Wir wollen nicht unterlassen, auf den morgen Abend im Schützenhaus stattfindenden Opernabend hinzuweisen. Derartige Aufführungen erfordern große Aufwendung und nur ein reger Besuch kann die Wiederholung solcher Opern-Abende garantieren.

(Einzahlung von Stadtgeld.) Von den Gutscheinen über 5, 10 und 20 Mark, die die Stadt Dresden im November 1918 ausgegeben hat, befinden sich noch eine größere Anzahl im Verkehr, obwohl deren Gültigkeitsdauer am 30. April 1919 abgelaufen ist. Der Rat der Stadt Dresden weist darauf hin, daß die Einlösung der noch im Umlauf befindlichen Gutscheine dieser Art nur noch bis Ende dieses Monats stattfindet.

(Kirchenheizung an den Konfirmationstagen.) Das Wirtschaftsministerium hat die Kommunalverbände als Kohlenverorgungsbezirke ermächtigt, von dem Verbote der Beheizung von Kirchen selbständig für die Sonn- und Wochentage, an denen in der Kirche Konfirmationen stattfinden, eine Ausnahme zu bewilligen. Ausnahmen sollen aber nur insoweit zugelassen werden als für die betreffende Kirche noch ein Bestand an Heizstoffen zur Verfügung steht. Außerdem soll die Ausnahme nur dann bewilligt werden, wenn die Witterungslage dies in Anbetracht des an dem Konfirmationstage länger dauernden Gottesdienstes für geboten erscheinen läßt.

(Der Personenverkehr bei der Eisenbahn) ist infolge der Erhöhung der Fahrpreise etwas schwächer geworden, sodaß die Ueberfüllung, die vorher fast bei jedem Zuge zu beobachten war, nur noch vereinzelt zu bemerken ist. Auch die früheren großen Verspätungen haben nachgelassen. Die Züge sind aber im Durchschnitt immer noch stark besetzt.

(Die Zuständigkeit der Amtsgerichte) wird künftig in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und vermögensrechtlichen Ansprüchen von 600 auf 1200 Mark mit Rücksicht auf die Entwertung des Geldes erhöht werden.

(Einzahlungen auf das Reichsnotopfer.) Nach einer Bekanntmachung, die im Reichsanzeiger veröffentlicht wird, sind das Reichsbankdirektorium, das Girokontor der Reichshauptbank, die Reichsbankhauptkasse und sämtliche Reichsbankanstalten angewiesen worden, vom 5. März 1920 an Barzahlungen auf das Reichsnotopfer entgegenzunehmen. Bei den Einzahlungen bis zum 30. Juli einschließlich werden je 92 Mark, vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1920 einschließlich je 96 Mark als Zahlung von 100 Mark auf die Abgabe für das Reichsnotopfer angenommen. Die im Gesetz vorgeschriebene Verzinsung der Abgaben mit 5 Prozent ab 1. Januar 1920 hört für den durch die Zahlung getilgten Betrag mit dem Tage der Einzahlung, für die besonders, bei den Reichsbankstellen erhältliche Vordrucke zu verwenden sind, auf.

(Die Wetterlage.) Die tiefe Depression über Nordeuropa ist abgezogen und ein „Hoch“ hat sich vom Westen über Zentraleuropa ausgebreitet. Das Wetter ist deshalb in Deutschland veränderlich, doch noch vielfach trüb, etwas kalt und es haben vielerorts leichte Nachfröste stattgefunden. Von Norden dürfte sich bald eine neue Strömung vorziehen, die den hohen Druck wieder zurückdrängt, wodurch sich dann etwas Niederschläge einstellen werden.

(Wberrealschule zu Baugen.) In nächster Zeit soll damit begonnen werden, eine Ehren-tafel zur Erinnerung an die im Kriege gefallenen ehemaligen Schüler zu errichten. Die Angehörigen derjenigen Schüler, die noch nicht als gefallen gemeldet sind, werden höflich gebeten, möglichst bald nähere Angaben an die Baugener Oberrealschule gelangen zu lassen.

Der Kommunalverband wird uns mitgeteilt, daß die Einkünfte an Nahrungsmitteln durch die Zentralstellen jetzt sehr gering sind und diese Minderbelleterung auch in den nächsten Wochen anhalten werden. In der laufenden Woche kann daher nur 1/2 Pfund Bohnen verteilt werden, die noch aus früheren Zuteilungen stammen. Die Abneigung, die in manchen Kreisen der Bevölkerung gegen die Bohnen besteht, beruht wohl in der Hauptsache auf der

nicht richtigen Behandlung der Bohnen. Die Bohnen müssen wenigstens 20 Stunden aber nicht mehr als 30 Stunden vorher eingewässert werden. Das Wasser ist dann wegzugießen, ebenso empfiehlt es sich, das Wasser nach dem ersten Aufkochen nochmals wegzugießen. Wenn man die Bohnen dann zu Brei durchdrückt, so ergeben sie ein durchaus schmackhaftes Gericht, an das sich die Bevölkerung umso mehr gewöhnen müssen, als in den nächsten Monaten die Bohnen in verschiedener Form das Hauptnahrungsmittel bilden werden. Es kann daher nur dringend angeraten werden, die zur Verteilung gelangenden Bohnen abzunehmen. Der Kommunalverband hat, wie schon früher mitgeteilt wurde, in größerem Umfange Lebensmittel aufgekauft und zwar Bohnenmehl, Haferstodden, Erbsen, Linsen und Bohnen, die in den nächsten Monaten nach und nach zur Verteilung kommen und einen Ersatz bilden sollen für Getreide, Graupen und Teigwaren, auf die der Kommunalverband nur für Kranke und Kinder rechnen kann, weil das Brotgetreide fast ausschließlich zur Brot- und Mehlversorgung gebraucht wird.

(Betriebsrätewahl.) Nachdem das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 am 9. Februar 1920 veröffentlicht worden und damit in Kraft getreten ist, wird auf § 102 Abs. 1 dieses Gesetzes hingewiesen, wonach spätestens 6 Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes durch den Arbeiter-Ausschuß bez. durch den Angestellten-Ausschuß die erste Wahl einzuleiten ist. Kommt der Arbeiter-Ausschuß oder Angestellten-Ausschuß seiner Verpflichtung nicht nach, oder ist ein Arbeiter-Ausschuß oder Angestellten-Ausschuß nicht vorhanden, so ist vom Arbeitgeber das gemäß § 23 Abs. 2 bezeichnete Verfahren einzuschlagen. Druckstücke des Gesetzes und Formulare können von B. G. Teubner Dresden, Große Zwingersstr. 16, bezogen werden.

(Eine wesentliche Erhöhung der Bezugspreise aller Zeitungen und Fachblätter) ist für die nächste Zeit zu erwarten. Auf keinem Gebiet sind die Erhöhungen aller Unkosten in letzter Zeit so in die Erscheinung getreten, wie auf dem Papiermarkt. Die Preise steigen von Tag zu Tag weiter Farbe, die zum Drucken gebraucht wird, ist in den letzten Tagen um etwa 10fachen Friedenspreise auf den 20fachen und darüber gestiegen, abgesehen von der wesentlich verringerten Ausgiebigkeit. Die Großstadtblätter, die bereits für 1. März eine Erhöhung vorgenommen haben, müssen für den Quartalswechsel ganz erhebliche Steigerungen ihrer Bezugs- und Anzeigenpreise vorbereiten.

(Der Theaterabend der Ortsgruppe Dorn des Reichsbundes) war trotz der ungünstigen Zeit gut besucht (500 Personen) gespielt wurde „Der Grundmüller“, ein Volksstück, in dem nicht glänzende Gestalten in glanzvollen Gewändern auftraten, sondern alltägliche Gestalten des öffentlichen Lebens gezeigt werden in ihren guten und schlechten Eigenschaften, Sarkasmus, Haß und Neid, aber auch Frohmot und Liebe und herzliche Tüchtigkeit. Der Rahman des Stückes verlangt oft wechselnde Szenerie und zum Teil ganz neue Bühnenbilder (4. Aufzug) Bei der heutigen Materialknappheit und der Enge des zur Verfügung stehenden Bühnenraumes bedeutet das allein schon große Schwierigkeiten. Das sie überwunden worden sind, zeugt von dem guten Geiste der Veranstalter, Erfreulich war aber auch das Spiel selbst. Was Frau Heinrich als Toni, die Herren Hähnel als Better Karl und Jany als Grundmüller und überhaupt alle Spieler leisteten, übertraf weit sonstige Dilettantenleistungen und stand sogar über den Leistungen herumziehender Theatertruppen. Das Zusammenspiel war auch in den schwierigsten Auftritten (Explosion) musterhaft. Welche Ansumme von Idealismus, Arbeitsfreude und zähester Ausdauer hinter dieser gelungenen Aufführung steckt, können nur die ermessenen, die niemals sich einer ähnlichen Aufgabe gewidmet haben. Aus diesem Grunde wäre der Veranstaltung ein noch besserer Erfolg zu wünschen gewesen. Dasselbe gilt auch in Anbetracht des guten Zweckes. Inmitten wird ein Reingewinn von 300 M der Unterstützungskasse der Ortsgruppe Dorn zugeführt werden können.

Ramenz, 9. März. (Ein folgenschweres Explosionsunglück) ereignete sich Dienstag in der 2. Nachmittagsstunde im Mühlbachschen Grundstück auf der Baugenerstraße. Aus zunächst noch unauflösbare Ursache hatte sich im Laden befindliches Benzol entzündet und mit gewaltigem Knall wurden sämtliche im Laden befindliche Glascheiben und die drei Schaufenster an der Straßenseite zerrückt. Durch die Wucht der Explosion sind nicht nur alle Waren und Einrichtungsgegenstände im Verkaufsraum vernichtet und teilweise auf die Straße geschleudert, sondern es sind selbst vorübergehende Passanten zu Boden geworfen worden. Glücklicherweise konnte der durch die Entzündung verursachte Brand von rasch herbeigeeilten, hilfsbereiten Personen und der Feuerwehr so schnell unterdrückt werden, daß größerer Feuer-schaden am Gebäude nicht entstanden ist. Dagegen wurde leider der etwa 13jährige Sohn des Herrn Mühlbach bei der Explosion nicht unbedenklich verletzt und wird wahrscheinlich ein Auge verloren haben. Dem auf einer Geschäftsreise befindlichen Besitzer erwächst ein ganz bedeutender Schaden, trotzdem er

versichert hat Außer der Freiwilligen und der Pflichtfeuerwehr war am Unglücksort, den eine vielhundertköpfige Menschenmenge umlagerte, auch die Jesauer Gemeindepriester erschienen.

Großröhrsdorf. (Kirchenvisitation) fand am vergangenen Sonntag hier statt. Sie wurde von Superintendent Dr. Heber aus Radeberg vorgenommen. (Ein Gutmar der.) Nicht weniger als sieben Belouhäte wurden im hiesigen Schützenhause, wo aus Anlaß des Jahrmärktes ein besonders lebhafter Verkehr herrschte, gestohlen.

Dresden, 9 März (Streit). In den sächsischen Großbuchhandlungen droht ein allgemeiner Streit auszubrechen. In Dresden sind bereits wilde Streiks entsandt worden, während in Leipzig der Streit noch in Vorbereitung ist. Der Tarif, der den Arbeitgebern aufgewungen werden sollte, wurde von diesen abgelehnt. Mittwoch finden in Dresden Verhandlungen statt und man hofft, doch noch zu einer friedlichen Einigung zu kommen.

Sächsische Volkshammer.

99. Sitzung. Dresden, am 9. März. Präsident Gräßdorf begrüßt zur Eröffnung der Sitzung den für den Abg. Lange, Leipzig, eingetretenen Abg. Spindler, Döbeln.

Abg. Hartmann (Dem.) erstattet den mündlichen Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag Dr. Reinhold und Genossen wegen

Aufhebung der sächsischen Sonderfeiertage. sowie über die hierzu eingegangenen Gesuche. Der Berichtserfasser führt aus, daß es sich nicht um Abschaffung dieser Sonderfeiertage handelt, sondern um die Aufhebung des staatlichen Schutzes ihres Feiertagscharakters. Der Ausschuss hat dem Antrage eine Form gegeben, die die Regierung zu 1 er sucht, auf dem Gesetzeswege zu bestimmen, daß am 6. Januar, wenn dieser auf einen Wochentag fällt, und am Frühjahrsbuktage keine allgemeine Arbeiterruhe herrschen soll. Die eingegangenen 82 Gesuche richten sich in der Hauptsache gegen die Abschaffung des Reformationsfestes, die jedoch in dem Antrage Dr. Reinhold überhaupt nicht verlangt wird. Zu diesem Gesuche beantragt der Ausschuss zu 2 die Gesuche, die sich gegen die Aufhebung des Hohnjahrs- und Frühjahrsbuktages richten, auf sich beruhen zu lassen, zu 3 die sich jedoch gegen die Aufhebung des Reformationsfestes richten, für erledigt zu erklären. Dem Antrag zu 1 wird eine Ergänzung angefügt, nach der die Regierung ersucht werden soll, auf ein Reichsgesetz hinzuwirken, das die Einführung von Feiertagen (mindestens 6 Tage) für Arbeiter und Angestellte gewährleistet. Ein im Ausschuss abgegebener unabhängiger Antrag enthält die zuletzt genannte Forderung auf 6 Ferientage unter Fortzahlung des Lohnes. Nach dieser reichsgesetzlichen Regelung soll sich die Volkshammer bereit erklären, die Sonderfeiertage, wie die allgemeinen Feiertage (Karfreitag, Himmelfahrt und Herbstbuktage) des staatlichen Charakters als Feiertage zu erkennen. Zugleich soll das sächsische Gesetz, betr. die Sonn-, Fest- und Buktagsfeier vom 10. September 1870, aufgehoben und der Antrag Dr. Reinhold für erledigt erklärt werden. Zu dem vom Rechtsausschuss angenommenen und vorgelegten Antrag stellen die Unabhängigen einen Zusatzantrag auf Aufhebung des § 8 des Gesetzes vom 10. September 1870.

Vizepräsident Lipinski (Unabh.) führt zu dem Verlangen auf Aufhebung des sächsischen Gesetzes über die Sonn-, Fest- und Buktagsfeier aus, daß dies Gesetz durch Reichsverfassung und Reichsgesetz sowie durch einzelne Bestimmungen der Gewerbeordnung bereits überholt sei.

Abg. Dr. Reandt (Deutschn. Vp.): Wenn die Kirche Feiertage abhält, so sei dies nach dem heutigen Stande der Dinge ganz ihre Sache. Mit der Befreiung der allgemeinen Arbeitsruhe am Hohnjahrsfest seien seine politischen Freunde

einverstanden — nicht dagegen mit der Abschaffung des Landesbuktages im Frühjahr. Ferienruhe sei den Arbeitern und Angestellten durchaus zu gönnen, die Materie bedürfe jedoch durchaus reichsgesetzlicher Regelung. Denn wie solle die Ferienruhe im Hinblick auf die Schwarzarbeiter, auf den Licht- und Sechshunderttag geregelt werden? Und sollen die Streiktage auch als Ferientage angerechnet werden? (Seiterkeit.)

Abg. Kruppe (Dem.): Seine politischen Freunde seien mit der Aufhebung des Frühjahrsbuktages einverstanden, da dieser in die Passionszeit fällt, die an den Sonntagen genug Gelegenheit bietet, den Ernst der Zeit zu wahren. Wegen die unabhängigen Zusatzanträge auf Aufhebung des Gesetzes vom 10. September 1870 sei der Einwand zu erheben, daß die Gottesdienstzeit an den Sonntagen geschützt bleiben muß. Besser als die fortwährende Abbröckelung kirchlicher Einrichtungen sei es, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche erst einmal richtig festzustellen.

Nach dem Schlusswort des Abg. Hartmann schreitet man zur Abstimmung. Zunächst wird über Ziffer 3 des unabhängigen Minderheitsantrages (Aufhebung des Gesetzes vom 10. September 1870) abgestimmt — mit Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen, damit erledigt sich der unabhängige Zusatzantrag und ein eingegangener Antrag Günther und Genossen. Der übrige Teil des Minderheitsantrages wird gegen 28 Stimmen (Unabhängige und ein Teil Sozialdemokraten) abgelehnt. Der Mehrheitsantrag wird sodann zu 1 und 4 mit großer Mehrheit, zu 2 und 3 einstimmig angenommen. Es entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, aus der hervorgeht, daß durch die vom Präsidium eingeschlagene Art der Abstimmung ganz erhebliche Unklarheiten entstanden sind.

Zum 2. Punkte der Tagesordnung: Zweite Beratung über den Antrag Bartel und Genossen auf

Erlaß einer Amnestie für politische Vergehen. erstatte Vizepräsident Lipinski (Unabh.) den Bericht: Als politische Vergehen seien alle zu bezeichnen, die aus politischen Verhältnissen entstanden sind. Die Amnestie solle sich erstrecken auf Vergehen: 1. Sinne der Abschnitte 1, 3, 6, 7 und § 240 im Abschnitt 18 des 2. Teiles des St. G. B.; 2. im Sinne des Reichsverfassungsgesetzes; 3. gegen § 9b des preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851 über den Belagerungszustand, soweit die abgeurteilten Verurteilten während des am 14. und 23. April 1919 verhängten Belagerungszustandes verurteilt worden sind und sich nicht gegen Anordnungen gerichtet haben, die zur Sicherung der Volksernährung erlassen worden sind. Weiter sollen alle Strafverfahren niedergeschlagen werden, soweit die Straftat vor dem 31. Januar 1920 verübt worden ist. Wenn nach der Bestimmung, daß alle gewalttätigen Vorstöße gegen die Staatsverfassung mit Zuchthaus zu bestrafen sind, durchgeführt wurde, müßten alle ins Zuchthaus, die sich an der Revolution beteiligt haben. Die Reaktion erhebe immer lebhafter ihr Haupt; das beweist wieder die Kandidatur Hindenburgs als Reichspräsident.

Der Kommunist Holz erscheint nach seinem letzten Vergehen hinreichend als Spiegel verdächtig. Aus der Praxis der Verkündigungen des Belagerungszustandes geht hervor, daß der Belagerungszustand auch in Sachen tatsächlich befestigt sei, Redner beantragt Ueberweisung an den Rechtsausschuss oder getrennte Abstimmung.

Ministerialdirektor Geheimer Rat Jessing widerspricht der Behauptung, daß der Belagerungszustand, soweit die Zeit vom 3. Januar bis 9. Februar in Frage kommt, gesetzwidrig sei. Die notwendigen Bekanntmachungen sind rechtsgültig erfolgt.

Abg. Fleißner (Unabh.) behauptet, daß der Belagerungszustand mit dem 3. Januar 1920 nicht mehr bestand.

Abg. Jilge (Soz.) widerspricht den Ausführungen Fleißners. Abg. Fellisch (Soz.) erklärt, seine politischen Freunde werden den Antrag ablehnen, da seine Form unannehmbar sei.

Vizepräsident Lipinski (Unabh.) bemerkt, daß die Mängel im Ausschuss abzustellen wären. Werde die Ueberweisung nicht beschloffen, so beantrage er namentliche Abstimmung über Punkt 1. Ihre Stellungnahme (zu den Mehrheitssoz.) werden Sie politisch schwer zu biegen haben.

Die Abstimmung wird auf morgen verlagert. Nächste Sitzung Mittwoch, den 10. März, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfragen, Petitionen und Abstimmung über Amnestie-Antrag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

(Deutschland und der Handel mit Rußland.) Wie unser Berliner Vertreter erfährt, soll die Behauptung, daß die englische Regierung einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland abgeneigt sei, unzutreffend sein. England habe lediglich den Wunsch, daß Deutschland sich in der Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhältnisse zu Rußland den englischen Aktionen anschließe. In dieser Hinsicht werde von englischer Seite demnach eine Erklärung an die deutsche Regierung übermittelt werden. — Wie wir weiter erfahren, will die deutsche Regierung allen Annäherungsversuchen der Sowjet Regierung gegenüber zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Sie ist der Ansicht, daß nur ein allgemeiner Frieden mit Rußland die Voraussetzung für eine Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen Moskau und Berlin bilden könne.

(Das Zentrum und Erzberger.) Wie unser Berliner Vertreter hört, wird die Zentrumsfraktion am Sonnabend, nachdem das Urteil im Erzberger-Prozess gefallen sein wird, zu der Frage Stellung nehmen, ob Erzberger abberufen werden soll oder nicht. Im übrigen beabsichtigt die Fraktion nicht, Erzberger zur Niederlegung seines Abgeordneten Mandates zu zwingen.

(Der Streit in der Adlon-Affäre.) Aus Berlin wird berichtet, daß der Prinz Joachim von Preußen in seiner zweiten Vernehmung ebenfalls bestritten hat, daß er an den Angriffen auf die französischen Herren im Hotel Adlon beteiligt gewesen sei. Der ehemalige russische Staatsrat von Sarfeld, der im Hotel Adlon mit dem Prinzen Joachim an einem Tisch geessen hat, will die Angaben des Prinzen unter Eid bekräftigen. Im Widerspruch mit den Angaben des Prinzen stehen aber die Aussagen des Direktors des Hotels Adlon und die Aussagen zweier Kellner. Das Auswärtige Amt in Berlin hat sich nach dem Befinden der im Hotel Adlon verletzten Franzosen erkundigt und das Bedauern der deutschen Regierung über den Vorfall ausdrücken lassen. Der Reichsminister des Auswärtigen hat auch dem französischen Geschäftsträger und dem Bevollmächtigten der französischen Mission in Berlin einen Besuch abgestattet, sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und erklärt, daß der Fall streng untersucht werden würde.

(Schwere Differenzen zwischen den Verbandsmächten in der Unterstützungstrage.) Depeschen aus Paris und London wollen wissen, daß unter den Verbandsmächten wegen der Unterstützungspolitik gegenüber Deutschland große Meinungsverschiedenheiten herrschen. In Wirklichkeit scheint die Sache so zu liegen, daß England an der Notwendigkeit der Unterstützung Deutschlands festhält, daß aber Frankreich aus Angst, daß ihm Deutschland als Opfer der französischen Rache entgegen könnte, immer wieder auf die Notwendigkeit der Erfüllung des Februartvertrages hinweist. Italien nimmt offen

Grifeldis.

1) Roman von H. Courths-Mahler.

Der Sturm heulte und brauste im wilden Ungestüm über Wälder und Felser. Er heugte die stärksten Bäume, daß sie unfreiwillig ihre Kronen schüttelten, die noch keine grünen Blätter trugen, und trieb in den Forsten so manches junge, schlankes Bäumchen, so daß es frühzeitig geküßt am Boden lag.

Ein solcher Sturm, der den Regen schräg durch die Blätter trieb und klatschend niederprasseln ließ, machte einen Aufenthalt im Freien nicht angenehm. Dieser Ansicht war auch der Kraftwagenlenker, der ein elegantes Gefährt durch den sturmgezwungenen Wald lenkte, in dem der Sturmwind ein wahres Höllekonzert veranstaltete. Der Kraftwagen kam gar nicht schnell vorwärts auf dem vom Regen ausgewählten Wege. Er fuhr langsam und vorsichtig, denn die Dunkelheit war bereits herabgebrochen, und hier und da lag ein vom Sturm gefällter Baumstamm über dem Weg.

Neben dem Fahrer saß ein Diener, und dieser mußte wiederholt absteigen, um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Einmal mußte auch der Fahrer seinen Platz verlassen, um einen schweren Baumstamm beiseite zu schieben, den der Diener nicht allein bewältigen konnte.

„Es ist, als wären heute alle Teufel los“, brummte er ärgerlich.

„Das reine Höllewetter“, erwiderte der Diener. Und sie saßen beide schon nach dem Kraftwagen, der in diesem Augenblick am Wege stand. Einem Augenblick war an dem Fenster des Gefährtes ein blaßes Männerantlitz erschienen, aus dem die Augen düster herausstauten. Dann war es wieder verschwunden. Der Insasse des Wagens hatte sich anscheinend wieder teilnahmslos in die Rückenlehne geschmiegt. Langsam ging es dann weiter, als der Weg wieder frei war. Und bald darauf fuhr der Wagen aus dem Walde heraus und einen allmählich ansteigenden Berg hinauf.

Dort oben lag das Schloß Treuenfels.

Wie eine gewaltige Silhouette hob es sich mit seinen Zinnen und Türmen, mit seinen Erkern und

Säulen gegen den von zersplitterten Wolken bedeckten Himmel ab. Zuweilen lugte der Mond vorsichtig zwischen den Wolkensehen hindurch und beleuchtete matt die Gegend.

Wie ein Märchenfloh lag Schloß Treuenfels dort oben auf dem Berge, als sei kein Leben in seinen gemauerten Mauern. Man konnte es, zumal in diesem Sturmwetter sehr wohl für eine Drachenburg halten, in der eine verwunschene Prinzessin in Gefangenschaft gehalten und von einem Drachen bewacht wurde.

Nur der moderne Kraftwagen störte diesen Eindruck. Er wollte nicht zu einem Märchenfloh passen. Im Zeitalter der Kraftwagen gibt es keine Romantik mehr.

Der Sturm umtobte das Schloß, als wollte er es in seinen Grundvesten erschüttern. Aber seine starken, festen Mauern hatten schon den Stürmen von Jahrhunderten getrotzt und spotteten nur des wüsten Wetters.

Als das Gefährt das Bergplateau erreicht hatte, ließ der Fahrer einige Male laut die Hupe erklingen, gerade in eine Pause hinein, die der Sturmwind in seinem wilden Konzert machte. Und auf dieses Zeichen hin wurde es plötzlich in dem stillen Schloß lebendig. Die großen, elektrischen Hogenlampen vor dem Tor flammten auf und warfen über die große Freitreppe und den freien Platz davor helles Licht. Die hohen Fingel des Tores sprangen auf und gestatteten einen Einblick in die große Schloßhalle, die nun ebenfalls hell erleuchtet war. Auch ein Teil der Fenster im Schloß wurden hell, und man sah die Schatten von geschäftigen Menschen daran vorbeiziehen. Aber alles geschah seltsam lautlos. In der Halle standen die Bedienten und Diener des gräflichen Hauses, um ihren heimkehrenden Herrn zu erwarten. Sie trugen festliche Kleider, aber in ihren Blasen, betretenen Gesichtern lag keine freudige Erwartung. Schon blickten aller Augen nach dem geöffneten Tor. Und hinten an der Treppe, die breit und mächtig gebaut war und nach dem oberen Stockwerke führte, stand Mademoiselle Verbunoir mit weit aufgerissenen Augen und einem stier entsetzten Ausdruck in dem hübschen, etwas spöttischen Gesicht. „Mademoiselle“ war die Gouvernante

der kleinen Komtesse Gilda, des einzigen Kindes des Grafen Harro Treuenfels.

Dieser war langsam aus dem Automobil gestiegen, mit müden Bewegungen, nach denen man ihn hätte für einen alten Mann halten können. Trotzdem hatte er kaum die Mitte der Freitreppe erreicht. Er stieg die Freitreppe empor und trat in die hell erleuchtete Halle.

Sonst, wenn er nach längerer Abwesenheit nach Hause gekommen war, hatten ihm seine Leute zugejubelt und ihn mit freudigen Gesichtern begrüßt. Heute blieb alles stumm. Sein Antlitz — ein schönes, charakteristisches Männerantlitz mit ebnen, festen Zügen, wurde noch einen Augenblick bleicher, als er seine Leute mit bestürzten Gesichtern sehen sah. Der herbe Lebendzug um seinen Mund, der von schweren Seelenkämpfen zeugte, vertiefte sich noch, und die Augen blickten gequält und düster mit einem starren Blick geradeaus.

Ein leises Murmeln der Leute, das wohl einen Gruß bedeuten sollte, schlug an sein Ohr. Es war, als sei da eine Trauerverammlung zusammen gekommen. Nur schon blickten sie alle in das verstörte Gesicht ihres Herrn, das sie so ganz anders gekannt hatten, so leuchtend und lebensfröh, und das sie geliebt hatten — geliebt und verehrt.

Aber nun war alles, alles anders geworden — seit das Furchbare in Schloß Treuenfels geschehen war.

Ihr Herr stand nicht mehr vor ihnen, wie sie ihn zu sehen gewohnt waren, stolz und aufrecht, eine imponierende, kraftvolle Persönlichkeit. Es war, als sei seine hohe Gestalt niederbeugt worden von einem schweren Schicksal — oder von schwerer Schuld.

Niemand wagte zu entscheiden, ob Schuld oder Verhängnis das Folge Haupt gebeugt hatte. Hatten doch nicht einmal seine Richter Recht in die geheimnisvolle Begebenheit bringen können, die aus Schloß Treuenfels ein Trauerhaus gemacht hatte. Graf Harro war soeben aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden — aber nur aus Mangel an Beweisen. Seine Schuld konnte so wenig klar bewiesen werden wie seine Unschuld.

Aus Mangel an Beweisen! (Fortf. folgt.)

dar eine vermittelnde Stellung ein, neigt aber sehr dazu, daß Deutschland unterstützt werden muß. Im übrigen hat ja es Frankreich durchgesetzt, daß zwar Deutschland die große Anleihe erhalten soll, daß aber diese Anleihe noch keine Aenderung des Friedensvertrages bedeute. Auch soll die Wiedergutmachungskommission die Bedingungen und die Verwendung der Deutschland zu gewährenden Anleihe überwachen.

Amerika.

(Verzweifelte Lage in Amerika in der Friedensfrage.) Der amerikanische Senat hat nun mit 46 gegen 25 Stimmen alle Vorbehalte des Senators Lodge in der Frage des Friedensvertrages angenommen. Dadurch scheint die Möglichkeit für eine Annahme des Friedensvertrages durch Amerika geschwunden zu sein. Die Demokraten im amerikanischen Senate sollen nun allerdings verzweifelte Anstrengungen machen, um den Präsidenten Wilson zu bewegen, daß der Friedensvertrag mit den Vorbehalten des Senators Lodge angenommen wird. Dabei wird noch mit einer neuen Wahl Wilsons zum Präsidenten gespielt und behauptet, daß der Präsident Wilson unter Umständen geneigt sei, den Kampf um den Völkerbund zur Wahlparole zu machen. Wilson gilt aber immer noch als ein von einem Schlaganfall gelähmter Mann, und die Zeit dürfte bald kommen, wo Wilsons großer Einfluß auf Amerikas Politik überhaupt verschwinden wird. Dazu fordert die ganze öffentliche Meinung in Amerika die schnelle Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen und des Handelsverkehrs mit Deutschland.

England.

(Eine andauernde Bewegung unter den Liberalen Englands zugunsten der Revision des Friedensvertrages.) In einer großen Versammlung der Liberalen in der bedeutenden englischen Industriestadt Glasgow hat es Lord Grey unter dem Beifalle der Zuhörer ausgesprochen, daß die Liberale Partei Englands so lange für die Revision

des Friedensvertrages eintreten werde, bis die Verbandsmächte es einsehen würden, daß sie den Friedensvertrag nicht durchführen können. Die Forderung der Revision des Friedensvertrages geschieht keineswegs aus Mitleid mit Deutschland, sondern der Vertrag müsse im Interesse aller Verbandsmächte und vor allen Dingen auch wegen der demokratischen Ziele reviviert werden, wegen welcher England in den Krieg gezogen sei.

Polen.

Warschau, 9. März. (Die Wahlen zum polnischen Reichstag) in den neuen von Polen besetzten Gebieten Pommerns werden, wie die Telgr.-Union erzählt, am 25. April stattfinden. Die neuen Gebiete werden im polnischen Reichstag mit 21 Abgeordneten vertreten sein.

Nationalversammlung.

Sitzung vom 8. März.

Die deutsche Nationalversammlung hat am Montag den Gesetzentwurf über die Grundschulen

und die Aufhebung der Vorschulen beraten. Der Zweck des Gesetzentwurfes besteht darin, daß die deutsche Jugend die ersten sechs Schuljahre einen gemeinsamen und gleichen Unterricht erhalten soll. Dem Grundgedanken des Gesetzes stimmten alle Parteien der Nationalversammlung zu, doch wurde beschlossen, die Gesetzesvorlage erst noch an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern zur engeren Beratung zu überweisen, um noch verschiedene Punkte in dem Gesetzentwurf zu einer größeren Klärung zu bringen. Die Nationalversammlung erledigte darauf in erster Beratung das

Steuergesetz

und wurde diese Vorlage, von welcher die Regierung eine kräftige Vereinfachung des gesamten Steuerwesens in der Hand des Reiches zu erreichen hofft, an den Steueraussschuß überwiesen. Ferner gelangte ein Entwurf über die

Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte

nach kurzer Beratung an den Verfassungsausschuß. Angenommen wurde dann noch rasch in drei Lesungen das Abänderungsgesetz über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Seere in besetzten Gebiete.

Neueste Meldungen.

Genf, 10. März. (Verlängerung des Lieberichtsabkommens.) In den Verhandlungen zwischen Regierung, Bekehrverband und Bergarbeiterverbänden kam es zur Verlängerung des Lieberichtsabkommens auf der bisherigen Grundlage mit einwöchiger Kündigungsfrist. Bis auf weiteres werden also die Bergleute weiter zwei Mal wöchentlich im Anschluß an die regelmäßige je eine halbe Lieberichtszeit zu den früheren festgesetzten Bedingungen verfahren.

Amsterdam, 10. März. (Die Ratifikationsfrage in Amerika.) Die Times melden aus Washington, daß Wilson allen Versuchen, ihn zur Annahme der Ledegvorbehalte zu bestimmen und eine Lösung in der Ratifikationsfrage zu finden, unverändertem Widerstand entgegensetzt.

Wien, 10. März. (Abtretung.) Wie der Prager Korrespondenz des „N. Wiener Tabl.“ aus maßgebenden Kreisen erzählt, ist die tschecho-slowakische Regierung an die deutsch-österreichische mit dem Verlangen herangetreten, die Gemeinden Felsbura und Garischbatal abzutreten, wofür die tschecho-slowakische Regierung die Abtretung dreier Gemeinden in der Gegend von Lundenburg bietet. Die tschecho-slowakische Regierung begründet ihren Kompensationsanspruch mit der Behauptung, daß diese Orte zum größten Teil von Tschechen bewohnt seien. Die Abgrenzungskommission wird Anfang April in Prag die Schlussverhandlungen über die erwähnte Frage pflegen.

Prag, 10. März. (Streik.) Nachrichten aus Mährisch-Odrau zufolge, hat sich der Streik in den Schächten der Umgegend ziemlich ausgedehnt. In Odrau selbst herrscht Ruhe. Die Zahl der Ausständischen beträgt etwa 27 000, das sind zirka 80% der Belegschaften.

Rom, 10. März. (Älter austausch.) Die sozialistischen Genossenschaften Italiens wollen mit den deutschen Konjunkturgenossenschaften über einen direkten Güteraustausch verhandeln. Außerdem wollen sie und die sozialistischen Fraktionen zusammen eine wirtschaftspolitische Mission zum Kominternvertreter nach Kopenhagen entsenden, die die späteren Maßnahmen für die Entsendung einer Mission nach Russland vorbereiten soll.

Voraussichtliche Witterung.

Donnerstag: Kühles, wolloses, zeitweise heiteres Wetter ohne erhebliche Niederschläge. — Freitag: Ziemlich heiter, trocken, Nachtfrost, Keif. Nachher etwas milder, wollos werdend, zuletzt etwas Regen.

Morgens - Pulsnitz - Donnerstag, 7 Uhr - Schützenhaus - DRESDNER VOLKS-OPER - Kartenvorverkauf im Schützenhaus und bei Herrn Friseur Schuster.

Sächsischer Militärverein Pulsnitz. Sonntag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, im Schützenhause Haupt-Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme. 2. Rechenschafts-Bericht. 3. Sterbegeld. 4. Evtl. Anträge (sind bis 12/3. beim Vorstand einzureichen). 5. Berichtsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen. Sonnabend, den 13. März, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Bürgergarten“. Hinterbliebene Montag, den 15. März im „Ratskeller“ abends 7/8 Uhr.

„Sängerbund.“ Singstunden fallen heute aus. Achtung! Sie werden staunen, übertreffe jedes Angebot! Kaufe jeden Sonnabend auf dem Markt in Pulsnitz alle Arten Häute und Felle zu allerhöchsten Preisen. Arno Oswald, Obersteina.

Heilsalbe Seidencreme. Bewährt durch seine hautbildende Heilkraft bei allen u. frischen Wunden, Beinschäden, Brandwunden, Flechten. Nur in Apotheken erhältlich! Bis Werke, Demitz-Thumitz's

Selten in dieses mittelfähiges Arbeitspferd (Stute) zu verkaufen. Schäfer, Niedersteina.

Gänse-Eier sind zu verkaufen bei Erwin Bürger, Oberlichtenau.

Kleefamen verk. Keppe, Friedersdorf.

Prima Rothklee empfiehlt Aug. Gräfe.

Wohnungen Möbl. Zimmer für jungen Techniker pr. 1/4 gesucht. Offerten erbeten unter C. 9 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zeitungssträger für Ohorn Abteilung Walsbäuser - Röhrenhäuser, desgl. für Weißbach gesucht! Zu melden in der Geschäftsstelle dieses Blattes.



Sitzung des lands- und forstw. Ver. zu Pulsnitz. Sonntag, den 14. März 1920, nachmittags punkt 4 Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Walddeck Matthes a. Dresden: „Das Vermögenszuwachssteuergesetz.“ Erläuterung der Fragebogen. 2. Aussprache über die Vorteile des Flachsbauens. 3. Geschäftliches. Zahlreichem Erscheinen steht entgegen der Vorstand.

Stellen-Angebote. Einen Maurer- und 1 Zimmer-Lehrling sucht Baumeister Fischer, Pulsnitz. Suche für Ostern 1920 ein Oster-Mädchen. Arthur Schöne, Ortsbef. Lichtenberg Nr. 8.

Ein ordentliches, liebliches Ostermädchen gef. Schulhaus Weißbach bei Pulsnitz. Sohn adibater Eltern, welcher Lust hat, die Bäckerei zu erlernen, sucht Adolf Sobotta, Bäckerm. Schwarzbach b. Ruhland. Angebote unter „Leibling“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Söhne Willy sagen wir Allen, die den kleinen Sarg mit Kranz- und Blumen-Spenden bedachten und ihm das letzte Geleit gaben unsern herzlichsten Dank Familie Wolf. Ohorn, am Begräbnistage.

Hausweber werden angenommen. E. R. Thieme.

Die neue Banderolen-Steuer Empfehlung nach ger. rein R.-Rauch-Tabak pr. 100 Stk. M 18.- solange Vorrat reicht. Da die Preise ständig steigen, kann ich diesen sportbilligen Preis nur noch kurze Zeit halten. Es spart sich jeder Raucher noch ein Kapital, wenn er sich rechtzeitig eindeckt Georg Kommel Niedersteina steht vor der Tür!

Ein Liebling der Frauen der Favorit Schnitt! Er ist auch einzig! Bei CARL HENNING

Suche zu kaufen: Leitsp.-Drehbänke, Revolver-Bänke, Fräsmaschinen, Bohrmaschinen, Erzentv. Pressen, Stanzen, Rast-Sägemaschinen, Schleif-Maschinen, alle Arten Maschinen zum Schloßereibetrieb sowie Handwerkszeug Gustav Reidielt, Waghau bei Radeberg, Feldschlösschen.

Die am 7. März in Wildenfels i. Erzgeb. stattgehabte Verlobung meiner Tochter Hildegard mit Herrn Kaufmann Emil Fritsch zeige ich nur hierdurch an. März 1920. Carl Henning. Hildegard Henning Emil Fritsch Verlobte.

Für die zu unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken herzlichst Pulsnitz M. S., den 7. März 1920. Max Toppatsch und Frau Martha geb. Brunn.

Rothklee, Kunkelrüben, Seradella, Grassamen, Gemüse-Sämereien usw. Arthur Bernhardt, Samenhandlung, Dresden-N., am Markt 5.

Als zeitgemäß erwiesen und vornehmlich empfohlen wir unsern Buch-Roman

Nach langem, schweren Leiden verschied heute nachmittag unsre liebe Mutter Frau Auguste Lina Kühne geb. Oswald im 42. Lebensjahre. Im tiefsten Schmerz den 8. März 1920. Familie Max Kühne. Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 1/4 Uhr vom Trauerhause aus statt.